

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die „katastrophale“ Wirtschaftslage

Wo liegt die Schuld?

Von Dr. Röhre.

Die Arbeitslosenziffern sind gestiegen, Kurzarbeit hat um sich gegriffen, die Konsumziffern sind in die Höhe gegangen, die Geldverschöpfung an das Ausland hat zugenommen; man kann nicht sagen, daß wir in einer Zeit geradezu blühender Wirtschaft leben, zumal eine gewisse Ausdehnung der Depression noch bevorzusehen scheint.

„Depression?! Die wirtschaftliche Lage ist trostlos, ist katastrophal.“ So sind viele zu rufen bereit, wenn man von Depression spricht. „Einfach katastrophal!“ Und dann kommen noch immer die allbekannten Lamentationen über die Gründe: Passivität der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, die überhöhen Steuern und Soziallasten, die hohen Zinsen, die hohen Produktionskosten (lies: Löhne), das Unverständnis des Reichsarbeitsministeriums, und dann noch so einiges, was gerade im Augenblick aktuell erscheint.

„In dieser Aufzählung merkt man schon, wer so jammert; es sind die Sach- und Geldkapitalisten (Arbeitgeber oder Unternehmer wäre ein bißchen viel gesagt), die Industriellen, die Gewerbetreibenden, die Innungsleute, die Händler. Diese Leute nennen sich gern mit einem stolzen Sammelwort: Die Wirtschaft.“ Die Wirtschaft zur Follfrage, die Wirtschaft und die neuen Steuern, die Wirtschaft über unsere Handelsverträge, die Wirtschaft zu Locarno, so oder ähnlich kann man fast täglich in den Zeitungen lesen, und dann wird ausgeführt, daß etwa die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels usw. diese oder jene Äußerung von sich gegeben haben oder bei dieser oder jener Regierungsstelle vorstellig geworden sind; oder es wird dasselbe nicht einmal von Verbänden, sondern von einigen prominenten Wirtschaftsführern gesagt. „Die Kinder, die hören es gerne“, nämlich, daß sie „die Wirtschaft“ sind.

In dem Gejammer der „Wirtschaft“ liegen Anklagen. Angeklagt wird der Staat, der zu viel Steuern nimmt und „der Wirtschaft“ auch sonst ungebührliche Fesseln und Lasten auferlegt, angeklagt wird die Arbeiterchaft, die angesichts der katastrophalen Lage nicht länger und billiger arbeiten will. Nicht angeklagt wird „die Wirtschaft“. Makellos, in unschuldsvoller Keuschheit, mit dem besten Willen, mit den lautersten Absichten, mit Qual im Herzen um das harte Schicksal der Arbeitslosen steht sie da, leider der Unvernunft des Staates und Arbeiterchaft gegenüber machtlos. So ungefähr.

Und doch, und doch, wenn man genauer hinsieht? ... Nur auf einige Punkte sei so ganz von weitem von einem natürlich völlig „Unfachverständigen“, der gar nicht in den Dingen drin sieht, der „einfach etwas daherbehaupet“, hingewiesen.

I. Die Konsumziffern der letzten Monate übertragen die der Friedenszeit (die Zeit der blühenden Wirtschaft) gewiß, aber doch nur ganz wenig. So 700 bis 1200 Konsume monatlich gab es auch damals. Die der letzten Monate lagen zwischen 700 und 1400. Wir haben aber — und das ist wohl zu bedenken — mehr als das Doppelte an Unternehmungen, die schon bei der Gründung faul waren. Wer hat diese faulen Unternehmungen gegründet? Sind Staat und Arbeiter es schuld, wenn sie sich nicht halten können? Zieht sie ab, was bleibt dann noch Anormales? Auch früher gingen schon alte, ehrliche Geschäfte pleite. Sind es heute mehr? (Uebrigens entstehen so viele, zeitweise sogar noch mehr neue Geschäfte usw., als verschwinden.)

2. Wir haben einen gewiß nicht befriedigenden Außenmarkt. Rührt das nicht zum Teil von den hohen Schutzzöllen her, die unserem Außenhandel entgegenstehen, und rühren diese nicht zum Teil von unseren eigenen Hochschutzzöllen her? Wer hat nun diese mit aller Macht gefordert? Sodann: Wer hat durch rigorose Lieferungsbedingungen die ausländischen Kunden absperrig gemacht? Ist es beispielsweise wahr, daß die Salindustrie in der Nachkriegszeit von amerikanischen Aktionsportreuren den drei- bis vierfachen Goldpreis der Vorkriegszeit gefordert hat? Waren der Staat und die Arbeiter an diesen horrenden Preissteigerungen beteiligt? Und schließlich: Rührt nicht der Importeur ohne Rücksicht auf den Exporteur in den Ländern, wo er im Augenblick am besten sein Privatinteresse gedacht sieht? Kommt dabei die höchste Kulturwirkung für die deutsche Wirtschaft heraus?

3. Wenn die Steuern zu hoch sind, so ist doch die Frage berechtigt, wer sie gemacht hat? Staud nicht die

Regierung, die den Bedarf anmeldete und die Entwürfe einbrachte, den Kapitalisten viel näher als der Arbeiterchaft? Und weiter: Waren an der Beratung dieser Steuern nicht die Vertreter der Kapitalistengruppen beteiligt? Haben nicht die Fraktionen den Steuern zugestimmt, die „die Wirtschaft“ als ihre Interessenvertretungen ansieht? Darauf sollten die Klagen doch einmal näher eingehen. Und dann: Wer kommt denn jeden Augenblick nach Berlin, um von diesem angeblichen Sündengeld, „das der Wirtschaft abgepreßt wird“, zu holen? Und wer bekommt am meisten von den „enormen Ueberschüssen ab? Etwa die Arbeiter? Haben die die berühmten 715 Millionen bekommen? Bekommen sie die gewaltigen Darlehen zu Vorzugszinssätzen? Oder wer ist es? — Und wenn werden denn die Steuern in weitem Maße gesunken? Etwa der Firma Krupp oder ihren Arbeitern?

4. Verhältnismäßig wenig Klagen hört man aus den Kreisen der Sachkapitalisten über die wucherischen Zinsen, obgleich hier eine Hauptwurzel unseres Übels berührt wird. Der Grund für die schmerzhafte Verhüllung der Häupter liegt auf der Hand. Es sind ja nicht Arbeiter, und es ist auch nicht der Staat, der so hohen Zins nimmt und so niedrigen Einlagezins zahlt, sondern das sind ja — die Kapitalisten selbst, die Geldkapitalisten. Und diese haben die Industriellen, auch die großen, heute ganz anders an der Strippe, und lassen sie es ganz anders fühlen, als es jemals die Arbeiterchaft oder der Staat gekannt oder gewollt hat. Aber da darf man halt nichts sagen, da muß man auf etwas anderes ablenken, aber in der Tat liegt hier eines der größten Demerits gegen einen gedeihlichen Fortgang der Wirtschaft überhaupt.

5. Das andere Hauptübel liegt in den viel zu hohen Preisen. Nicht nur gegenüber der Kaufkraft sind diese Preise zu hoch, sondern auch im Verhältnis zu den Löhnen und den sonstigen notwendigen Gesehenswerten. Einseitige Wirtschaftler sind sich darüber völlig klar. Insofern kein Absatz, also auch keine Gelegenheit zu neuer Produktion und zu raschem Geldumlauf. Also Verlangsamung des Kreislaufes der Güter in der Volkswirtschaft und magere Ergebnisse in der Privatwirtschaft bei erhöhten Kosten. Und wo liegt die Schuld? Wer verweist sich auf die zu hohen Preise? Nicht die Arbeiterchaft, nicht der Staat, nicht der Auslandskäufer, sondern der industrielle Samkapitalist und Gewerbetreibende selbst! Und die Startelle! Diese letzteren sind wahren Unternehmern häufig genug ein Greuel. Aber, so heißt es, diese wenigen können nichts machen. (Die sagten wir doch einleitend: Es gibt wenige Unternehmer unter den Sach- und Geldkapitalisten.) Dieser Umstand darf jedoch nicht dazu verleiten, die Antwort auf die Frage nach der Schuld an den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu verdrücken.

6. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Verwaltung unserer öffentlichen rechtlichen Körperschaften zu kostspielig ist, daß zuviel verwaltet und zuviel Personal in den einzelnen Körperschaften tätig ist. Gerade „die Wirtschaft“ beklagt sich darüber. Und doch ergibt sich bei genauerem Zusehen, daß dieses Klagen gar nicht so ernst gemeint sein kann. Denn „die Wirtschaft“ hat es in der Hand, ihnen ein Ende zu machen. Die Inflation der Verwaltungsapparates, seine Unständigkeit, seine Kostspieligkeit liegt nämlich nicht darin, daß wir zuviel Ämterträger, Ordnungsbewahrer, Kassisten haben, sondern darin, daß die oberen Stellen, die gut bezahlten Stellen überzahlt sind! Hier sitzen aber nicht Leute, die aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind, hier sitzen auch nicht die Abkömmlinge, Protektionskinder oder Parteigänger der Arbeiter oder die Mitglieder von Gewerkschaften. Hier sitzen auch keine Leute, die wenn es mit ihnen in ihrem Beruf zu Ende geht, von den Arbeitern in deren Wohnungen aufgenommen werden möchten, sondern hier sitzt das Heer der vielen, die in allen den genannten Punkten den Sach- und Geldkapitalisten durchweg weit näherstehen. Würde „die Wirtschaft“ ernstlich gewillt sein, hier den notwendigen Abbau herbeizuführen, sie würde es gewiß herbeizuführen vermögen; die politische Unterstützung der Arbeiterchaft dürfte ihr dabei sogar zuteil werden. Doch „so ist es nicht gemeint“.

III. Würde man noch weiter forschen, so würde man noch manche Stellen herausfinden, wo die Schuld „der Wirtschaft“ liegt. Es sei diesmal mit dem Angeführten genug. Leider ist die Hoffnung gering, daß „die Wirtschaft“ aus eigener Einsicht zur Erkenntnis und von da zur entschlossenen Besserung gelangt. Die Not wird ihre Besserer sein müssen. Traurig, daß Millionen von Menschen, die wirklich nichts daran tun können, darunter recht hart leiden müssen. Aber die Gewerkschaften haben in jeder Hinsicht die Verpflichtung, dafür zu wirken, daß „die Wirtschaft“ ihre Pflicht tut. Dazu gehört, ihr zu zeigen, wo ihre Unfähigkeit liegt. Hat nicht „die Wirtschaft“ jahrelang behauptet, die Minderleistung der Arbeiterchaft sei des Übels Wurzel? Und hat sie dies zu Recht oder zu Unrecht behauptet? Heute wissen wir es.

„Die Wirtschaft“ behauptet, die Minderleistung der Arbeiterchaft sei des Übels Wurzel? Und hat sie dies zu Recht oder zu Unrecht behauptet? Heute wissen wir es.

Durch Lohnpolitik zur Wirtschaftsmacht!

Die soziale Entwicklung in Amerika

Des Lebens grüner Baum treibt andere Ärsenipat als die roten Propheten vorausgesehen haben. Inzugeschmet in U.S.A. im Lande des reinen Kapitalismus, wird der Karische Satz von der Kapitalkonzentration in immer weniger Hände ad absurdum geführt. Seit den Jahren vor dem Kriege hat in Amerika eine Zerstreuung des Kapitalbestandes auf viele Millionen kleine Leute stattgefunden, die man vor zehn Jahren noch für unmöglich hielt. Noch im Jahre 1916 erhielten auf die Leute mit einem Jahreseinkommen von über 20000 Dollar beinahe 80 Prozent aller ausbezahlten Dividenden, 1917 waren es schon nur noch 46,5 Prozent, während im letzten Jahre die Mittelklassen zwischen 1000 und 20000 Dollar Jahreseinkommen, also mehr als die Hälfte aller ausbezahlten Dividenden, bezogen haben. Seit über die Hälfte des amerikanischen Industrie-, Bank- und Handelskapitals gehört heute schon nicht mehr den Reichen, sondern der großen Masse der kleinen Leute und des Mittelstandes in den Einkommensstufen bis zu 20000 Dollar jährlich. Davon entfallen 53,2 Prozent an Dividendeneinkommen, welche diese Leute 1921 bezogen, entfiel fast die Hälfte auf die niedrigeren Einkommensgruppen zwischen 1000 und 5000 Dollar. Die Zahl der Millionäre hat sich im letzten Vierteljahrhundert gewaltig vermehrt. Sie ist von 1,1 Millionen im Jahre 1900 auf 11,1 Millionen im Jahre 1923 gestiegen. Diese Vermehrung der Millionäre beruht auf vermehrter Kapitalbildung der großen Klasse und nicht auf einer Umschichtung von vorher schon vorhandener Sparmitteln auf andere Anlagen. Denn auch die übrigen Sparanlagen haben sich in der Zwischenzeit stark vermehrt. Die Sparkonten sind in einem Jahrzehnt von 12,6 Millionen auf 30,3 Millionen gestiegen. Das ist eine ungeheure große Zahl von Sparkonten, wenn man bedenkt, daß es in ganz U.S.A. nur etwa 2 bis 3 Millionen Familien gibt. Bei den Lebensversicherungen liefen 1922 für 50,5 Milliarden Dollar Versicherungen gegenüber nur 15,5 Milliarden im Jahre 1913. Dazu kommt noch, daß heute etwa die Hälfte aller amerikanischen Familien eigene Häuser bzw. Wohnungen haben, und daß über die Hälfte davon völlig schuldenfrei ist.

Diese amerikanische Entwicklung gibt uns eine große Lehre. Sie beweist, daß von einem bestimmten Punkte der technischen Entwicklung der Kapitalgüter (Maschinen usw.) die in Verbindung mit der Arbeitskraft einen Lohnsatz für den Arbeiter zu schaffen vermögen, der eine Sparquote des Arbeitnehmers möglich macht, die schneller eine Kapitalbildung der kleinen Leute zu verwirklichen vermag, als die zusätzliche Kapitalbildung der Reichen aus ihrem Reuteneinkommen vorzuzieht. Es gibt also einen Grad der Produktivität des Kapitals, wo die Erparnisse aus Jahreseinkommen groß zu werden vermögen als die aus Kapitaleinkommen und Dividenden. Mit dem Beweise dieser Möglichkeit aber, den uns die amerikanische Entwicklung der letzten Jahre liefert, ist für eine friedliche Neuordnung von Kapital und Arbeit der Weg gemachen.

Bei solchem Produktivitäts- und Lohnstand vermag sich das Arbeitnehmerkapital von der Kapitalbildung in der Wirtschaft einen stets größer werdenden Anteil zu sichern als das Kapital der Großrentner. Damit aber breitet sich mehr und mehr eine Beteiligung der großen Zahl von Arbeitnehmern an den Produktionsmitteln aus, wodurch das reine Jahreseinkommen durch ein gleichzeitiges Jahreseinkommen ergänzt wird. Der Arbeiter ist Kapitalist geworden. Sein Schicksal gestaltet sich auch bei Arbeitslosigkeit sicherer. Die ungeheuren Besitztumsunterschiede gleichen sich langsam aus, die Konkurrenz und Ketteilung im Produktionsprozess werden dem Arbeiter nach und nach von selber zu. So erwirbt er bei der kapitalistischen Wirtschaftsvorbereitung nach und nach volle Bürgerrechte, gerade so wie im politischen Staatswesen.

Aber auch, wenn die Arbeiter selber Kapitalisten werden, geht der Gewerkschaft ihr Lohnpolitik der Verlust nicht verloren. Das organisierte Streben nach Lohnsteigerung wird als auslösende Ursache des technischen Fortschritts immer nötig sein, auch wenn keine Einkommensvorschiebe für die Arbeitnehmer mehr auf berechnungspolitischen Wege zu erreichen sind. Es wird für die Gewerkschaften eine notwendig zu werdende und durch

was nicht leichte Aufgabe sein, die dynamisch wirkende Lohnpolitische Spannung zwischen Unternehmungsleitung und Arbeiterschaft auch dann aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeiter selber Kapitalisten zu werden beginnen. Das Lohnkonto in der kapitalistischen Unternehmung muß dauernd den Drang zur Vergrößerung in sich haben. Das zwingt zum Sparen durch Verbesserung der Technik, wodurch der eigentliche Sinn des Wirtschaftens für die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen erfüllt wird. Die befriedigte Bedürfnismenge kommt nämlich in der Höhe des Lohnkontos zum Ausdruck.

Wichtige Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Das Sparen vom Lohn kann in großem Umfange erst einsetzen, wenn eine dazu ausreichende Lohnhöhe erkämpft worden ist. Amerika ist heute schon so weit. 1919 bezogen dort etwa 10,5 Millionen Arbeiter und Angestellte der Industrie ein Gesamtlohnvermögen von 13,3 Milliarden Dollar. Die Industrieunternehmen, die diese Lohnsumme zahlten, hatten etwa 41 Milliarden Dollar eigenes und fremdes Kapital in ihren Anlagen investiert. Wird dieses Kapital jährlich 5 Prozent Zinsen ab und wird die Hälfte dieser Zinsen gespart, so bilden die Kapitalisten aus diesen Unternehmungen jährlich 1,1 Milliarden Dollar neues Kapital. Sparen dagegen die Arbeitnehmer 15 Prozent ihres Lohnes (und das ist hier sehr wohl möglich), so beträgt die jährliche Kapitalbildung der Arbeiter zwei Milliarden. Je mehr die Arbeitnehmer auch vom Zinseinkommen mitsparen, um so verhältnismäßig rascher wächst das Arbeitnehmerkapital.

Zum Sparen gehört ein eiserner Wille. Amerika entsetzt seit dem Kriege eine Sparpropaganda, die so überzeugend wirkt, daß heute der Drang zum Sparen die öffentliche Meinung beherrscht. Die öffentliche Meinung hat gewissermaßen eine Spar-Atmosphäre geschaffen, die für das rasche Wachsen des amerikanischen Wohlstandes eine äußerst starke Triebkraft ist.

Aber auch viele amerikanische Unternehmer haben durch großzügige Gewinn- und Besitzübertragung eine Erziehungsbildung geleistet, die manche Arbeitergruppen zur Mitverantwortung und Mitleitung im Betriebe reif gemacht hat. Freilich geschah das nicht immer nur aus Liebe zu den Arbeitern: kühe und kluge Berechnung des geschäftlichen Vorteils spielten dabei eine große Rolle. Auf jeden Fall aber ist diese Politik klug und erfolgreich. Edm. Kleinjchmitt, Detroit.

Die Demagogen gegen die Demagogie

Unter dieser Spitzmarke weiß der „Vorwärts“ Interessantes aus Rußland zu berichten. In Rußland herrscht bekanntlich die kommunistische Diktatur. Jede Opposition von nichtkommunistischer Seite ist radikal unterdrückt. Aber in den Reihen der herrschenden Elite selbst hat sich so etwas wie eine Opposition angebahnt, es ist erschrecklich zu sagen, diese Opposition wendet sogar demagogische Losungen an. Hören wir, wie der Sowjet-Gewaltige Bucharin einer so gottseligen Opposition ins Gewissen redet. In einem Referat gehalten am 5. Januar d. J. vor den Moskauer Parteifunktionären, führte er wörtlich aus:

Die jetzige Opposition ist gefährlicher als irgendeine Opposition, die wir je gehabt haben. Sie ist deswegen gefährlich, weil sie schrecklich demagogische Losungen anwendet. Wir haben bei uns den Zustrom neuer Elemente. Da ist es jarrstbar leicht, diesen neuen Elementen, die schlecht bezahlt sind, die unter Rot und Entbeh-

rungen leiden, nur angenehme Dinge zu erzählen. Eine solche demagogische Losung ist zum Beispiel die Forderung der Gleichheit. Auch Gewinube- teiligung ist eine demagogische Losung. Wenn man behauptet, daß die roten Kommandeure unserer Armee „Leute mit goldenen Koffeln“ sind, dann ist das Demagogie schlimmster Sorte. Wenn man behauptet, daß unsere Wirtschaftler „Tuschbeu- ter“ sind, dann ist das auch reinste Demagogie.

Wenn man alle diese Angriffe auf eine Linie bringt, so ergibt sich eine sehr peinliche Situation. Denn wenn wirklich unsere Industrie staatskapi- talistisch ist, wenn es in unserer Armee Koffel- träger gibt, wenn unsere Wirtschaftler Tuschbeu- ter sind und die „Repositit“ nur ein Rück- zug ist, dann ist das in der Tat alles nur ein Abweichen vom Kommunismus. Das werden unsere Gegner mit Freude aufgreifen. Wenn man dann noch behauptet: die Partei ist schuld daran, daß ihr wenig verdient, daß es bei uns keine Gleichheit gibt, daß viele Bauern keine Pferde haben, dann stützt man sich selbstverständlich auf die zurück- gebliebenen Arbeiterschichten, die schlecht bezahlt werden, die man erst noch erziehen muß, und die zu unserem Bedauern man nicht so leicht und nicht auf einmal gut bezahlen kann.

Die neue Opposition spiegelt die Schwierigkeiten des Aufbaues wieder. Sie spiegelt wieder die Stim- mungen einiger rückständiger Elemente der Ar- beiterklasse, die noch keine organisatorische Schulung durchgemacht haben, die nicht die ganze Kompli- ziertheit unserer Probleme verstehen und insolge- dessen die sofortige Befriedigung aller ihrer Wünsche verlangen, die wir jetzt noch nicht befriedigen können. Die Opposition spiegelt auch einen gewissen Hochmut innerhalb der Arbeiterschaft wieder, die Stimmung gewisser aristokratischer Arbeiterschichten, die mit echt „proletarischem“ Hochmut sich der Bauern- schaft gegenüber verhalten und die Aufgaben der Ar- beiterklasse auf diesem Gebiet verkennen. Anstatt die- sen Schichten zu sagen: Das können wir leisten, aber das können wir nicht, diese Sache können wir auf einmal verwirklichen, jene Sache aber nicht auf einmal, statt dessen verspricht man jedem Bauern sein Pferd und allen die Gleichheit. Das ist ganz unmöglich. So gibt man nur Ver- sprechungen und nachher wird der Wechsel nicht ein- geschloß. Am Ende wächst dadurch nur das Miß- trauen gegen unsere Industrie und gegen die Sowjet- macht. Am Ende würden wir dann nicht eine Er- ziehung der neuen Schichten der Arbeiterklasse haben, sondern im Gegenteil den Kampf gegen die Sowjetmacht. Am Ende hätten wir eine Zerfurchung innerhalb der Arbeiterklasse selbst, den Kampf zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern.

Das alles ist sehr interessant in dem Munde eines kommunistischen „Oberhosen“, aber nicht weniger in- teressant ist, was der „Vorwärts“ zu den Ausführungen Bucharins zu bemerken hat:

„Jetzt haben die russischen Parteiführer auf ein- mal Verständnis dafür, daß das Paradies auf Erden nicht in einem Tage erschaffen läßt, und daß jede die Verantwortung tragende Regierungspartei wirtschaftliche Schwierigkeiten nur Schritt für Schritt überwinden kann. Jetzt erscheint Bucharin die Demagogie als Mittel der Disziplin innerhalb der Arbeiterbewegung als das aller ver- werflichste. Warum nur kommt diese Einsicht so spät?“

Es ist erfreulich, solche Sätze im „Vorwärts“ zu lesen. Aber nun müssen wir auch ihn fragen: „Warum nur kommt diese Einsicht so spät?“ Denn was er da dem russischen Kommunismenführer entgegen- hält, müßten vor dem Kriege und auch nachher noch manchesmal die christlichen Gewerkschaften dem „Vor- wärts“ und der von ihm vertretenen Partei entgegen- halten. Sie hatten dafür keinen anderen Dank, als daß man sie von jener Seite als „Arbeiterverräter“ und „Unternehmerfreunde“ beschimpfte. Aber man sieht, die Welt ist rund. Heute ist schon der russische Kommun- ismus bei Erkenntnissen angelangt, die im Munde eines christlichen Gewerkschaftlers nicht viel anders klingen könnten. Dem „Vorwärts“ und seinen Leuten aber ist selbst das Schicksal nicht erspart geblieben, das sie vor dem Kriege uns bereitet. Heute werden nämlich sie von dem radikaleren Bruder zur Linken als „Ar- beiterverräter“ und „Unternehmerfreunde“ beschimpft.

Die Ausführungen des Sowjet-Gewaltigen sind auch um deswillen lehrreich, als sie zeigen, daß der Kommunismus dort, wo er zur Macht gelangt, auch nur mit Wasser kochen kann. Für Rußland steht sogar ein- wandfrei fest, daß dort mit noch sehr viel mehr Wasser gekocht wird als in Deutschland. Grund genug für die deutsche Arbeiterschaft, auf die kommunistische Dema- gogie nicht zu hören und dafür die zwar mühseligere, aber solidere Gewerkschaftsarbeit zu pflegen.

Arbeiter-Schutzleute

Von Baukontrolleur Jung-Köln.

In der „Bauwelt“ wird zur Frage der Baukontrol- leure in einer Weise Stellung genommen, die der Wichtig- keit und Notwendigkeit dieser Einrichtung in keiner Weise gerecht wird. Raum ist man der berechtigten Forderung der Bauarbeiter, Leute aus ihren eigenen Reihen zum Schutze für Leben und Gesundheit, sogenannte Bau- kontrolleure, anzustellen, teilweise gerecht geworden, so ertönen auch schon die Klageklieber über dieses System.

Zunächst soll ohne weiteres zugegeben werden, daß auch durch die Aufsicht der Baukontrolleure die Unfälle nicht ganz beseitigt werden können; sie können aber wesentlich eingeschränkt und vermindert werden. Der Grund, weshalb die Unfälle nicht ganz verhindert werden können, liegt eben an der fortschreitenden tech- nischen Entwicklung und der damit verbundenen sehr ge- schäftvollen Ausführung von Bauwerken. Als weitere Gründe kommen hinzu: 1. Eine große Zahl gerade der besten Bauarbeiter sind im Kriege gefallen oder durch Verwendung für ihren Beruf unfähig geworden. 2. Durch den Krieg und die Inflation litt auch die Beschaffenheit der auf dem Bau verwendeten Baustoffe und Geräte. 3. Das Untere der Umschüler, wobei die notwendigen Kenntnisse über Baustoffe und Geräte nur sehr mangel- haft vermittelt werden konnten. 4. Die zunehmende Altkorarbeit, wobei von den Bauarbeiter häufig die nötige Sorgfalt zum Teil außer acht gelassen wird. In dieser Zeit erschien der Baukontrolleur auf dem Plan. Nie- mand konnte erwarten, es würden nun die Unfälle mit einem Schläge aus der Welt geschafft werden. Als Beispiel kann dienen: Der Baukontrolleur geht vor- mittags durch den Bezirk zur Baustelle z. Er findet alles in Ordnung und entfernt sich wieder. Gegen Mittag wurde eine neue Gerüstlage gebaut, wo vielleicht die nötige Sorgfalt gefehlt hat. Als nun das Gerüst be- lastet wurde und die Gezellen die Arbeiten begannen, bricht das Gerüst zusammen und ein Teil der Arbeiter stürzt mit in die Tiefe und wird schwer verletzt. Der- artige Fälle wird es auch in Zukunft noch geben,

So gewiß die Sonne vom Osten nach Westen geht, so gewiß ist der Aufstieg des vierten Standes, so gewiß ist die Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Betriebes, so gewiß ist die Gemeinwirtschaft. Aber was geht es wie denen, die einstmal von Ägypten durch die Wüste zogen. Die mit uns gehen, glauben nicht an das, um dessen- willen sie ausziehen, und wenn sie glauben, so kämpfen sie nicht dafür. Die anderen aber kämpfen.

Walter Rathenau

Die Zementfabrikation

Von Ferdinand Gafemeier.

I.

Der Zement ist ein was heute unentbehrlicher Bau- stoff, ohne den der Betonbau unmöglich ist. Die meisten Kollegen verarbeiten fortgesetzt Zement in der ver- schiedensten Weise, aber viel daran zu denken, was eigentlich Zement ist und wie er gewonnen wird. Der Verfasser, der im vergangenen Sommer an einem der Hauptorte der norddeutschen Zementindustrie arbeitete, benutzte die Gelegenheit, den Betrieb in mehreren Zement- fabriken zu besichtigen, um die Herstellung dieses heute so wichtigen, fast unentbehrlichen Baustoffes kennenzu- lernen.

Zement wird hergestellt durch Brennen eines innigen Gemisches von feingemahltem Kalkstein und Ton bis zur Sinterung (eben beginnendem Schmelzen) und darauf- folgender Feinmahlung mit geringem Gipszusatz zur Abgabe der Bindigkeit.

Die Zementfabriken haben das Schreben gehabt, die Güte ihres Produktes möglichst zur Höchstleistung zu steigern. Jede Fabrik wollte für die Güte ihres Pro- duktes garantieren, daher die übliche Verzinsung mit der Rohmaterialien. Ehrliche und anständige Konkurrenz bewachten den Zusammenbruch der Fabriken in Stunden- laken. Die Fabriken, die dem Syndikat angehören, müssen demselben gewisse Qualitätsanforderungen garantieren, die in den deutschen Normen festgelegt sind. Das Selbstbestehen des Betriebes deutscher Vorland-

Zementfabriken kauft Proben im Handel auf und über- wacht dadurch die angeschlossenen Fabriken. Außerdem wird die Fabrikation in geeigneter Weise kontrolliert.

Da der Zement bestimmte Eigenschaften besitzen muß, er aus verschiedenen Rohstoffen besteht, welche die ver- schiedensten Eigenschaften besitzen, diese Eigenschaften ihre höchste Entfaltung nur bei gewissen chemischen Prozessen entwickeln und, falls diese nicht richtig im Fabrikations- prozess zur Entfaltung kommen, auch schädliche Wirkun- gen entstehen können, so ist das chemische Laboratorium das Herz und Gehirn der Fabrik. Von hier aus gehen die Anweisungen an alle Betriebspunkte, insbesondere dar- über, in welcher Weise die Mischungsverhältnisse zwi- schen den Rohstoffen zu sein sollen.

Im Kalksteinbruch ist es, insbesondere in den Fauten, ein Betrieb, der an schwere Tage im Kriege vor dem Feinde erinnert. Es kracht und explodiert an den ver- schiedensten Stellen, überall ist Vorsicht geboten. Der Kalkstein bricht, wie man schon an der Farbe der ver- schiedenen Gesteinslagen sehen kann, verschiedene chemische Zusammensetzungen. Die Gesteinslagen wechseln im Kalt- steinbruch verhältnismäßig schnell. Vom chemischen Labo- ratorium aus wird bestimmt, wieviel Zement von jeder Gesteinslage im bestimmten Abstand zueinander vom Bruch auf die Mischbühne gefördert werden sollen. Das Gestein wird hier mit der Hand soweit zerklüftet, daß die größten Gesteinsstücke nicht größer sind, als ein Mann den Stein bequem auf die nunmehr einsetzende maschinelle Steinförderung werfen kann. Die Zerklüf- tung geschieht in der verschiedensten Weise. (Fast bei allen Maschinen wird das Rotationsprinzip ausgenutzt, wonach bei schneller Umdrehung die großen Stücke nach außen fliegen, das feine Mehl sich nach innen drängt. Hierdurch wird die Leistung naturgemäß erhöht.) In- teressant ist es hierbei besonders, den Zerdegang der maschinellen Steinzerkleinerung in einer älteren Fabrik beobachten zu können. Die Steine werden in den Vor- zerklüftrungen auf etwa Graupeln- bis Erbsegröße zer- kleinert. Die Graupeln werden nun zu Mehl ge- mahlen. Hierbei haben sich besonders die Augelmühlen bewährt. Es sind dieses große eiserne Köhre, in welchen Lanzen von Stahlgewiss sind. Die Köhren sind mit oxidierten Gefälle behaft. Sie werden durch maschinelle Kraft mit großer Schnelligkeit gedreht. Am vorderen Ende

fallen die Steingraupeln und grobes Mehl herein. Durch die fortwährende schnelle Umdrehung wird die Masse zwischen die Stahlflügel geschleudert, durch das fort- währende Auseinanderfliegen zu feinstem Mehl gemahlen und infolge der Umdrehung auf schiefer Ebene bei jeder Umdrehung um ein geringes weitergebracht. Am Aus- gang ist es dann feinstes (Roh-)Mehl. Der Lärm hierbei ist natürlich ohrenbetäubend.

Der Kalkmergel ist wohl allen bekannt dadurch, daß kalkarmes Land gemergelt wird. Vom chemischen Labo- ratorium wird bestimmt, wieviel Ton (Mergel) zu jeder Schicht entsprechend dem Kalkgestein verarbeitet wird. Der Ton wird getrocknet. Zum Trocknen des Tons werden die hohen Abzugsgase, die beim Zementbrennen bereits einmal gebraucht wurden, noch einmal benutzt. (Auch der Kalkstein wird nach Bedarf nach der Vorzerkleinerung ge- trocknet, damit die Rohmühlen immer trockenes Material bekommen.) Der Ton wird nun ebenfalls zu Mehl ge- mahlen. Die Feinheit des Mehls ist von großer Wichtig- keit. Je feiner das Mehl, desto inniger ist die Verbin- dungsmöglichkeit von Kalkmehl und Tonmehl bei der Sinterung, desto besser können die Moleküle sich aus- wirken. (Moleküle ist die chemisch-wissenschaftliche Be- griffsbestimmung für vorhandene Kräfte, die jedoch so klein sind, daß sie mit dem Auge nicht wahrnehmbar sind. Bei Zement z. B. die Bindkraft 28 Tage lang.) Kalk- und Tonmehl werden nun (in manchen Fabriken mit einem geringen Wasserzusatz) gemischt, so daß es grüß- förmig wird. Dieses ist notwendig, weil bei dem nun folgenden Zementbrennen die gewaltigen Saugwirkungen das feine Mehl zu leicht fähig ziehen könnten, was bei grüßförmigem Mehl nicht zu befürchten ist.

(Schluß folgt.)

Was heute nicht geschieht, ist morgen nicht getan. Und keinen Tag soll man verpassen; Des Mögliche soll der Entschluß Beherrst sogleich beim Schopfe fassen; Er will es dann nicht fahnen lassen Und wirtel weiter, weil er muß.

Goethe

trotzdem der Baukontrollleur gewissenhaft durch seinen Bezirk geht.

Es wird dann auf einige Unfälle in Berlin und Umgebung hingewiesen und bemerkt, der Baukontrollleur hätte nicht die Befähigung, die Mängel zu erkennen und ihre Beseitigung anzuordnen. Nach meiner Erfahrung muß ich dem scharf widersprechen. Der Baukontrollleur soll und muß ein ganz perfekter Handwerker sein, der die Arbeitsweise auf dem Bau auf das genaueste kennt. Außerdem muß er über gewisse theoretische Kenntnisse verfügen. Es wäre aber auch ein Armutszeugnis für die Behörden, die doch die Anstellung von dem Nachweis der Befähigung abhängig machen. Ferner sollen bei den Baukontrollleuren politische Rücksichten maßgebend sein. Auch diese Meinung muß zurückgewiesen werden. Der Baukontrollleur ist auf Grund seiner Dienstweisung an seine Pflichten gebunden, und er ist bestrebt, den durchaus nicht immer angenehmen Posten treu auszuführen. Es ist daher im Interesse der am Bau tätigen Arbeitnehmer sowohl wie auch der Bauherren unrichtig, wenn sich die Artikelschreiber der „Bauwelt“ gegen eine Vergrößerung der Zahl der Baukontrollleure, besonders aus dem Arbeiterstand, wenden. Bei objektiver Prüfung der Verhältnisse wird auch der auf gute Arbeitsausführung und den Lebens- und Gesundheitschutz seiner Arbeitnehmer bedachte Unternehmer die Tätigkeit des sich seiner Verantwortung bewußten, fachlich und theoretisch vorgebildeten Baukontrollleure gutheißen können. Die Durchführung der Bauarbeiterchutzvorschriften und die Kontrolle über sachgemäße Ausführung der Arbeiten sowie der sonstigen dem Kontrollleur übertragenen Pflichten können nur unjohliche Firmen unangenehm oder gar als Schikane empfinden. Die vorgehenden Behörden bringen im allgemeinen ihre Befriedigung über die mit den Arbeiterkontrollleuren gemachten Erfahrungen zum Ausdruck.

In der „Bauwelt“ wird weiter gefordert, daß die Bauarbeiterorganisationen ihre Mitglieder mehr über Bauarbeiterchutz aufklären möchten. Diesem Wunsche schreibe auch ich mich an, weiß aber auch aus Erfahrung, daß im Zentralverband christlicher Bauarbeiter auf diesem Gebiete bereits sehr vieles getan worden ist.

Was die Kostenfrage betrifft, so ist festzustellen, daß die Baukontrollleure fast alle in den untersten Gehaltsgruppen sind und ihre Bezahlung im Hinblick auf den Effekt, die Verhütung von Baumängeln, als wirklich minimale Belastung in die Erscheinung tritt.

Allgemeine Rundschau

Die Bautätigkeit als Ausgangspunkt der Wirtschaftsbelebung

Man kann nicht sagen, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Baugewerkes heute allgemein bekannt sei. Einem volkbeschäftigten Baugewerbe kommt gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die allergrößte Bedeutung zu. Es wirkt anregend und belebend auf die gesamte Wirtschaft.

Mein ein kurzer Ueberblick über den Entwicklungsgang eines Baues vergegenwärtigt auf das deutlichste die beteiligten Wirtschaftszweige. Das Ausschachten bedingt oft in großem Umfang Schaufeln, Spaten, Gabeln, Eisen- und Stahlgeräte bis zu komplizierteren Maschinen hinan. Die Errichtung der Grundmauern und die Verwendgung von Bruchsteinen gibt der Meißel- und Steinbohrindustrie sowie der ganzen Werkzeugbranche erhöhte Aufträge. Abgesehen von der Belegung der Ziegels, Malt- und Zementindustrie werden Kohlen und die verschiedensten Formmaschinen sowie Holz in größerem Umfange erforderlich. Die Verwendung von Holz überhaupt gibt wiederum den verschiedensten Holzschneide- und Verwertungsbetrieben größere Arbeit, wobei wiederum der Bedarf an Sägmessern, Sägen, Kreismaschinen usw. wächst. Nicht zu vergessen ist die gesamte Baubeschlagindustrie, die für Türen und Fensterbeschläge des Hauses erforderlich ist. Dachziegel, Baucien und Regenrinnen erfordern die Herstellung weiterer Industriezweige. Die gesamte Kanalisation, die Verteilung von Gas- und Wasserleitungsrohren, Licht- und Heizrohren setzt eine große Reihe von Werken in Tätigkeit; all die vorgenannten Branchen aber verursachen größere Nachfrage nach Kohle und sonstigem Brennmaterial sowie Kohlenstein, was in den fraglichen Bezirken abermals eine Belegung auslöst, die — wenn man den Zusammenfluß vieler Aufträge an einer Stelle überdenkt — gar nicht zu unterschätzen ist. Die weitere Einrichtung des Hauses, die Heizung von Decken, Herden, ja, schließlich auch die private innere Ausstattung vergrößert den Kreis der beteiligten Wirtschaftszweige ungemein.

Die Deutlichkeit hat ein Recht auf größte Beachtung dieser wirtschaftlichen Notwendigkeiten, ganz abgesehen davon, daß schließlich Behörden und Kommunen selbst am allermeisten am Aufblühen des Bauwesens und der Bauindustrien interessiert sind.

Die Möglichkeiten einer neuen Arbeitsgemeinschaft

werden in der Deutlichkeit ein in weiter erörtert. Es sind weiterhin vornehmlich die drei Gruppen, die sich zu dem Thema äußern. So hat auf der letzten Generalversammlung der Handels- und Industriearbeiter der Zentrumspartei der Industrielle Cammer's beachtliche Äußerungen gemacht:

Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke werde von ihm als ein soziales, ethisches und christliches Problem angesehen und nach diesen Grundsätzen auch behandelt. Es wäre zu betonen, daß die erste, förmliche industrielle Arbeiter- und Arbeitnehmerorganisationen umschließende Zentral-Arbeitsgemeinschaft des Jahres 1918 schon nach einigen Jahren der Auflösung verfiel. Jeder Kampf zwischen den Trägern unserer Wirtschaft, den Unternehmern und Arbeitern, könne nur dann nützliche Er-

Am 13. Februar 1926 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

gebnisse zeitigen und wäre nur dann zu billigen, wenn es sich darum handelte, in einer gesunden, normal arbeitenden Wirtschaft einen richtigen Ausgleich zwischen den überhöhten Spitzenforderungen beider Teile zu erringen. Heute jedoch, in einer Zeit allgemein höchster Verwirrung und schwerster wirtschaftlicher Depressionen, müßten die Methoden des Kampfes und der Gewaltanwendung zu einer Vermehrung der schon bestehenden Schäden führen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterschaft bestünde Empfinden für eine friedliche und ausgleichende Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Im Augenblick liege das Gebot der Stunde darin, trotz wachsender Arbeitslosigkeit und schwerster Krisis zu einer Interessengemeinschaft der Arbeiter und Unternehmer zu gelangen. Selbst die Erhaltung unserer Währung, die einen geordneten Produktionsgang zur Voraussetzung habe, hänge ab von einer gesunden Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Den Weg hierzu müßten beide Teile beschreiten.

Schon im Jahre 1924 hätten Besprechungen stattgefunden, ohne jedoch erfolgreich zu sein. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, zu diesem Ausgleich zu kommen, hätten auch im vorigen Jahre sehr eingehende Verhandlungen zwischen christlichen Unternehmern und Arbeiterführern unter wertvoller Mithilfe der hohen Geistlichkeit stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt. Ende vorigen Jahres sei die erstrebte Einigung in manchen grundsätzlichen Fragen gelungen, so daß jetzt wenigstens die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden beiden Gruppen dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft wieder nähergekommen seien. Im Interesse des Wohlergehens unseres Landes und der Sicherung des sozialen Friedens wünschte er, daß nach dem Bestreben zur Arbeitsgemeinschaft von Seiten der christlichen Gruppe der gleiche Gedanke in umfassender Weise bei allen Unternehmern und Arbeitern einer Verwirklichung zugeführt werden möge.

Es ist bemerkenswert, daß diese Worte bei den versammelten Industriellen beifällig aufgenommen wurden. Öffentlich fallen sie auch bei den vielen auf fruchtbaren Boden, die abseits stehen.

Internationales Arbeitsamt und Christliche Gewerkschaften

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Herr Albert Thomas, von Herkunft Franzose und Sozialist, war kürzlich in Berlin und nahm bei dieser Gelegenheit erstmals persönliche Fühlung mit den führenden Köpfen der christlichen Gewerkschaften. In längerer Aussprache wurden alle Fragen, die die christlichen Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt berühren, eingehend erörtert. Besonders wurde auch die Frage der Vertretung der christlichen Gewerkschaften auf den internationalen Wirtschaftskonferenzen besprochen. Obgleich nach Auslassungen des Herrn Thomas die Führung der ganzen Konferenz beim Völkerverbund liegt, sucht er die Fühlung mit den christlichen Arbeitervertretern, die an der Wirtschaftskonferenz teilnehmen. Dieses geschieht, um eine gewisse Einheitlichkeit bei den Arbeitnehmern herzustellen, und zwar nicht nur bezüglich ihrer Forderungen, sondern auch insbesonder im Hinblick auf die Bewertung der sozialen Reaktionen der einzelnen zur Debatte gelangenden Fragen. Auch wird eine möglichst persönliche Vertretung der Arbeitnehmerelemente erstrebt. Die Stimmung für die Gewerkschaftskonferenz ist allgemein günstig.

Grenzen des Sparens

Die „Deutsche Volkswirtschaft“ brachte unlängst in ihrer Wochenüberschau bemerkenswerte Ausführungen über die zwei Seiten des Sparens. Während mit treffenden Zeichen die Notwendigkeit der Sparmaßnahmen dargelegt, wurde dann auch die andere Seite behandelt und „große Gefahren“ hingewarnt. „Wenn die 60 Millionen Deutsche sich jetzt alleamt und mit Begeisterung aufs Sparen verlegen, wenn sie keine Schuhe kaufen, solange noch ein Absatz dran ist und das Leder noch nützlich zusammenhält, wenn sie ihre Wohnungen nicht mehr heizen, sich nicht mehr ordentlich kleiden, wenn sie mit allen anderen Lebensbedürfnissen aufs äußerste knappen, wo soll dann die Arbeit für das Gewerbe und die Industrie verkommen?“

Man muß dieser Darstellung zugute halten, daß sie, um „große Gefahren“ erweisen zu lassen, fast übertriebt. „Wenn“ die 60 Millionen Deutsche? Ja, wenn! Die stellt sich die Wirklichkeit dar? Das gesamte Produktionskapital betrug in der Vorkriegszeit rund 22 Milliarden Mark. Es hatte sich durch jahrzehntelange Spartätigkeit allmählich auf diesen ansehnlichen Betrag zusammenbringen lassen. In der gleichen Zeit hatten wir, von Schwankungen abgesehen, eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Es wurden Schude gekauft, Wohnungen gebaut, man lebte sich ordentlich, und andere Lebensbedürfnisse wurden auch befriedigt, also Gewerbe und Industrie hatten Arbeit. Trotzdem 22 Milliarden Mark Sparanlagen. Rechnen wir für die Vorkriegszeit bei einem jährlichen Volksaufkommen von 13 Milliarden Mark eine Zunahme der Sparanlagen von durchschnittlich 1 Milliarde im Jahre, so ergibt sich, daß doch ein ganz erheblicher Teil des Volksaufkommens direkt zur Befriedigung der Bedürfnisse Verwendung fand. Nur der 13. Teil fand den Weg über die Sparinstitute in die Wirtschaft hinein. Nach den neuesten Zahlen über die Sparanlagen bei den deutschen Sparkassen betragen diese Ende Oktober vorigen Jahres 116,8 Millionen Mark. Auch diese Zahlen beweisen, daß nicht die 60 Millionen

Deutsche alleamt und mit Begeisterung sich aufs Sparen verlegt haben.

Sobann muß beachtet werden, daß die Befriedigung gewisser Bedürfnisse überhaupt erst bei entsprechender Sparsamkeit möglich ist. Eine zeitlang müssen die Gelder angeammelt werden, um sie erst dann verwenden zu können. Im Oktober 1925 standen den Einzahlungen von Spargeldern bei den deutschen Sparkassen in Höhe von 250,5 Millionen Mark Rückstellungen gegenüber von 169,5 Millionen. Diese letztere Summe wurde also wieder direkt aus den Sparanlagen der Wirtschaft zugeführt. Für die werktätige Bevölkerung ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit sorgfältigster Spartätigkeit, wenn daran gedacht wird, wie die Mittel für besondere Anschaffungen, für die Befriedigung besonderer Bedürfnisse, aufgebracht werden sollen.

Deshalb ist es gut getan, immer wieder die Vorgänge im Sparwesen in den Vordergrund zu rücken. Für die christlich-nationale Arbeiterschaft findet der betriebsständische Sparverkehr seine vornehmste Pflege durch die Deutsche Volksbank, Essen.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Das Verhältnis der Poliere und Schachtmeister zur Krankenversicherung

Die Ziffer 2 des § 165 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß Betriebsbeamte und Werkmeister sowie „Angestellte in ähnlich gehobener Stellung“ der Krankenversicherungspflicht unterliegen, wenn nicht ihr Jahresarbeitsverdienst einen vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten Betrag — zur Zeit 2700 Mark — übersteigt. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 8. März 1924 sind die Poliere und Schachtmeister als „Angestellte in ähnlich gehobener Stellung“ im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziff. 2 der Angestelltenversicherungsgesetzes erklärt worden. Die Berliner Baugewerkschaften wandten nun die Begriffsbestimmung „Angestellte in ähnlich gehobener Stellung“ in der genannten Verordnung auch auf den § 165 Ziff. 2 der RVO. an. Sie hielten also ihre Poliere und Schachtmeister, deren Jahresarbeitsverdienst 2700 Mark übersteigt, nicht mehr für Krankenversicherungspflichtig und meldeten sie bei der Krankenkasse ab.

Dagegen erhoben die Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe in Berlin und verschiedene andere Krankenkassen Widerspruch und beantragten Entscheidung durch das Versicherungsamt Berlin. Dieses trat in einem Bescheid A. K. 41/H. 270 O. K. 24 vom 9. Februar 1925 der Auffassung der Unternehmer bei und verneinte also die Versicherungspflicht der Poliere und Schachtmeister. In der Begründung heißt es:

„Es bleibt zu prüfen, ob die Poliere und Schachtmeister zu den im § 165 der RVO. erwähnten anderen Angestellten in ähnlich gehobener Stellung gehören. Hierbei ist zwar nicht ausschlaggebend, aber doch beachtlich, daß die Poliere und Schachtmeister bezüglich der Angestelltenversicherung durch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. März 1924 unter Ziffer 16b bereits grundsätzlich der Angestelltenversicherung unterworfen sind. Im übrigen aber erscheint für die Beantwortung der Frage, ob die Poliere und Schachtmeister unter den derzeitigen Verhältnissen als andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung im Sinne des § 165 der RVO. anzusehen seien, der Reichstarifvertrag für Poliere und Hilfspoliere und derjenige für Schachtmeister und Unterschachtmeister im Baugewerbe vom 11. September 1923 besonders bedeutungsvoll. Danach ist (vgl. insbesondere § 4) die Stellung der Poliere und Schachtmeister mit einem solchen Maße von wichtigen Obliegenheiten und mit einer so großen Verantwortlichkeit verknüpft, daß diese Stellung im allgemeinen nicht geringer als die eines Werkmeisters wird einzuschätzen sein, wenigstens dann, wenn die Beschäftigung als Polier bzw. Schachtmeister den Hauptberuf bildet und insbesondere nicht bloß vorübergehend, sondern regelmäßig ausgeübt wird und nicht im einzelnen Falle wesentliche Beschränkungen der Obliegenheiten vorliegen.“

Gegen die Entscheidung des Versicherungsamtes legte die Krankenkasse Beschwerde beim Oberverwaltungsamt Berlin ein. Dieses hat durch endgültige Entscheidung R. K. III. 147/25 die Entscheidung des Versicherungsamtes aufgehoben und die Poliere und Schachtmeister ohne Rücksicht auf die Verdiensthöhe für Krankenversicherungspflichtig erklärt. Das Oberverwaltungsamt begründet seinen Standpunkt wie folgt:

„Es ist durch nichts dargelegt, daß die in Rede stehenden Poliere und Schachtmeister anders anzusehen seien, als Poliere und Schachtmeister im landläufigen Sinne. Solche Arbeitnehmer sind aber bisher stets als Krankenversicherungspflichtig behandelt worden. In Ziffer 16b der auch jetzt noch geltenden, eine authentische Interpretation darstellenden und daher hier maßgeblichen Anleitung des Reichsversicherungsamtes über den Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung versicherbaren Personen vom 26. April 1912 ist ausdrücklich als Gewähr (Gewerkschaft) n. a. der Maurerpolier — gemeint — aufgeführt. Dem Maurerpolier entspricht aber im Hochbauwesen der Zimmerpolier und im Tiefbauwesen der Schachtmeister, so daß eine Gleichstellung dieser Personen in Krankenversicherungstechnischem Sinne ohne weiteres zu erfolgen hat.“

Gegen die bisherige Lage ist neuerdings im wesentlichen eine Änderung nur dahin eingetreten, daß jetzt eine monatliche Gegenüberstellung der Mündigung für die in Rede stehenden Arbeitnehmergruppen eingeführt ist. Das hat aber lediglich wirtschaftliche Bedeutung. Einen entscheidenden Einfluß auf die

Frage der Krankenversicherungspflicht hat die Neuregelung jedenfalls nicht. Bezüglich der erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Leistungen der in Rede stehenden Personen ist es wesentlich beim allen geltenden eines Eingehens auf das Angestelltenversicherungsrecht oder die reichsarbeitsministeriellen Bestimmungen von Berufsgruppen der Angestelltenversicherung bedarf es hier ebenso wenig, wie auf die lediglich privatrechtliche Beziehungen regelnden Reichsversicherungsverträge. Die Frage der Krankenversicherungspflicht nach der RVD läuft unabhängig von der Regelung der Angestelltenversicherung. Sind aber die in Rede stehenden gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmer als Gehilfen im Sinne des § 165 der RVD anzusehen, nicht als andere Angestellte in ähnlicher Stellung im Sinne der §§ 2 bis 4, so unterliegen sie ohne weiteres der Krankenversicherungspflicht.

Sozialpolitik

Einheitlicher Beitrag zur Erwerbslosen-Versicherung. Der vom Reichsministerium des Reichs für Arbeitvermittlung gebildete Ausschuss für Erwerbslosen-Versicherung hat mit Wirkung vom 1. Februar 1926 einen einheitlichen Beitrag für das Reichsgebiet festgesetzt in Höhe von drei Prozent des Grundlohnes. Der Ausschuss hat einen Reichsteil in Höhe von einem Prozent des Grundlohnes bestimmt. Nach dem VSA hat der Reichsrat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Gebühren für Zeugen und Sachverständige vor Gericht. Gewiß nicht mehr zu früh hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Dezember 1925 hinsichtlich der Höhe der Entschädigungsätze für Zeugen und Sachverständige vor Gericht eine ab 1. Januar 1926 wirkende neue Regelung getroffen; denn die bisherigen Vergütungen waren keineswegs mehr zeitgemäß.

Nach der vom Reichsminister der Justiz hierzu ergangenen Bekanntmachung des nunmehrigen Vorlautes der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige erhalten hinfür die Zeugen in den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtsachen, auf welche die Zivilprozessordnung, die Strafprozessordnung oder die Kontenordnung Anwendung findet, eine Entschädigung für die erforderliche Zeitverfassung im Betrage von 20 Reichspfennigen bis zu 1,50 Reichsmark für jede angefangene Stunde. Damit hat die Entschädigung, die bisher 5 bis 15 Pfennige betrug, mehr als eine Verdoppelung erfahren. Die Vergütung ist unter Berücksichtigung des von dem Zeugen verfallenen Gewinnes zu bemessen und für jeden Tag auf nicht mehr als zehn Stunden zu gewähren. Ob eine Gewinnsverfallung festzustellen ist, ist nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse sowie der regelmäßigen Erwerbstätigkeit des Zeugen zu beurteilen. Da bis zur Grenze von 1,50 Reichsmark der volle Verdienstersatz zu ersetzen ist, wird bei den häufigen Lohnspitzen so ziemlich jeder im wirtschaftlichen Sinne stehende Arbeiter seinen Verdienstanspruch erhalten. Besondere Erwähnung verdient auch die Bestimmung, daß Personen, welche durch einfache Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in ähnlichen Verhältnissen mit solchen Personen befinden, die nach dem Satz von 20 Reichspfennigen zu bemessende Entschädigung auf dann zuhebt, wenn die Verdienstmöglichkeit eines Erwerbes nicht festzustellen ist.

Der Sachverständige erhält für seine Leistung eine Vergütung nach Maßgabe der erforderlichen Zeitverfassung im Betrage bis zu 3 Reichsmark für jede angefangene Stunde. Bei besonders schwierigen Sachverständigenleistungen darf der Betrag bis zu 6 Reichsmark für jede angefangene Stunde erhöht werden. Auch hier steht eine Verdoppelung der bisherigen Höhe, die bei gewöhnlichen Leistungen auf 1,50 und bei schwierigeren auf 3 Mark festgesetzt waren. Hierüber sind dem Sachverständigen die auf die Vorbereitung des Gutachtens verwendeten Kosten sowie die für eine Unterhaltung bestimmten Stoffe und Sachen zu vergüten.

Für den Jünger oder Sachverständigen aus der Zeit, während welcher er seine gewöhnliche Schäftigkeit nicht wieder aufnehmen kann, als Zeitraum gilt, ist auch hier für den Zeugen eine Entschädigung im Betrage von 0,20 bis 1,50 Mark, dem Sachverständigen eine solche von 3 bis 6 Mark für jede angefangene Stunde zu gewähren.

Für den Jünger oder Sachverständigen außerhalb ihres Wohnortes eines Tages bis zur Entfernung von mehr als zwei Meilen zurücklegen, ist ihnen neben der Entschädigung für Jederfall eine Entschädigung für die Reise und für die durch die Anwesenheit vom Wohnort abwesende berufliche Aufwendung zu gewähren. Dabei sind, soweit nach den persönlichen Verhältnissen des Jüngers oder Sachverständigen eine nach Umständen notwendige Vergrößerung der Entschädigung für den Jünger oder Sachverständigen im Falle einer besonderen Reise zu gewähren. In anderen Fällen beträgt die Entschädigung für jeden angefangenen Meilenweg des Jünger und Sachverständigen 10 Reichspfennige.

Für jede notwendige Reise nach dem Aufenthaltsorte des Sachverständigen oder Jünger und Sachverständigen den angezeigten Betrag, der gleichheit gemäß ist. Bei besonderer Wichtigkeit ist die Schlafvermittlung bei der Reise zu berücksichtigen, daß die Gebühren der Jünger und Sachverständigen zu nur auf Verlangen derselben erhöht werden können, wenn der Jünger oder Sachverständigen das Verlangen hat, die Reise nach dem Orte der Vernehmung oder Abgabe des Gutachtens beim Sachverständigen nicht angetreten wird. Es hat demnach jeder als Zeuge oder Sachverständiger während seiner Abwesenheit zu beantragen. Ist er dies nicht innerhalb

von drei Monaten nach Beendigung der Vernehmung, geht er nach Vorlage des Anspruchs darauf verlustig.

Arbeitsrecht

Das Recht auf Arbeitsentgelt bei Arbeitsverhinderung. Der Entwurf eines allgemeinen Arbeitsgesetzes sieht in § 79 vor, daß der Arbeitgeber „während einer verhältnismäßig nicht erheblichen Zeit“ zur Lohnzahlung verpflichtet bleibt, wenn der „Arbeitnehmer durch einen in seiner Person liegenden Grund“, jedoch „ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert“ wird. In der Zeitschrift „Das Schlichtungsweiser“, dem Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse des Deutschen Reiches wird diese Bestimmung einer Kritik unterzogen. Nach bisher gültigem Recht gibt es nur zwei Ausnahmen von dem Grundsatz, daß nur für geleistete Arbeit Lohn ausbezahlt wird: 1. wenn der Arbeitgeber im Verzug der Annahme der angebotenen Dienste ist (§ 615 BGB.); 2. wenn der Arbeitnehmer für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert ist aus Gründen, die in seiner Person liegen. Während also bisher der Arbeitgeber zur Lohnzahlung nur verpflichtet war, wenn die Arbeitsverhinderung nicht erhebliche Zeit dauerte, soll er künftig bei allen solchen Hinderungsgründen, selbst wenn sie längere Zeit dauern (z. B. bei längerer Krankheit), zur Lohnzahlung für kurze Zeit verpflichtet sein. Diese Bestimmung wird in der erwähnten Zeitschrift kritisiert und bekämpft. Sie widerspreche dem rechtlichen Grundsatz der Lohnzahlung nur für geleistete Arbeit. Sie würde dem Arbeitgeber eine soziale Last auf, welche viel eher der Krankenversicherung zufalle, und sie sei heute wirtschaftlich nicht tragbar. Demgegenüber muß jedoch mit Nachdruck betont werden, daß die Gefahren, welche der Arbeitskraft drohen, der Arbeitgeber zu tragen hat, das Aussehen der Lohnzahlung in einer Zeit, in der noch kein Krankengeld gewährt wird, bedeutet für den Arbeitnehmer eine unbillige Härte.

Volkswirtschaft

Deutschlands Viehstand. Nach der letzten Viehzählung am 1. Dezember 1925, deren Ergebnisse jetzt bekanntgegeben werden, wurden im jetzigen Reichsgebiet ohne Stargobiet — für 1913 sind die gleichen Gebietsgrenzen in nachfolgender Statistik berücksichtigt — folgende Viehbestände festgestellt:

	1925	1924	1923	1922	1921	1920	1913
A. Rindvieh	17 152 721	16 159 765	14 711 207	13 813 355	12 705 623	11 555 476	10 914 820
B. Schafe	17 226 098	16 894 874	15 725 147	14 705 623	13 813 355	12 705 623	11 555 476
C. Pferde	16 315 511	14 675 285	13 686 229	12 599 892	11 555 476	10 444 139	9 332 792
D. Schweine	16 795 609	15 817 819	14 829 023	13 769 490	12 705 623	11 555 476	10 444 139
E. Gänse	18 474 877	22 533 895	19 871 828	17 997 465	16 023 002	14 148 539	12 274 076

Bei Rindern, Schafen und Ferkeln sind nach der Statistik die Zahlen von 1913 wieder ziemlich erreicht, wenn auch gegen die Zählung von 1924 allgemein, besonders aber bei Schafen, wieder ein Rückgang zu verzeichnen ist. Beim Rindvieh weisen besonders die Zahlen bei Kühen unter drei Monaten eine erfreuliche Zunahme auf, so daß hier die Vorkriegszahl ziemlich erreicht ist. Auch bei Milchkühen ist gegenüber 1913 eine Zunahme zu verzeichnen. Der Bestand an Schweinen läßt dagegen noch immer zu wünschen übrig. Hier ist besonders bei Ferkeln und Junghennen von 1913 ein Rückgang zu verzeichnen. Beim Ferkelstand sind 1913 keine Zahlen vorhanden und ist die Zahl der Zählung von 1912 entnommen. Pferde wurden 1925 ohne Militärpferde, dagegen 1913 einschließlich Militärpferde gezählt.

Die Getreideversorgung der Welt. Im vorangehenden Jahre ist die Brotgetreideernte in der Welt im allgemeinen recht gut ausgefallen, jedoch nicht erheblich besser, als im vergangenen Jahre. Auf Grund der vom Internationales Landwirtschaftlichen Institut in Rom ermittelten Ernteziffern läßt sich heute schon eine Getreidebilanz anstellen, die außerordentlich aufschlußreich ist, auch im Hinblick auf eine eingetretene Verschärfung der Produktionszentren. Es ergibt sich, daß insbesondere die Getreideerzeugung gegenüber dem Vorigen erheblich gestiegen ist: sie betrug 1924 rund 25 Milliarden Doppelzentner, und ist in diesem Jahre auf 29 Milliarden Doppelzentner gestiegen (im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre betrug sie 21 Milliarden Doppelzentner). Die Weltente in Roggen, die 1924 5,1 Milliarden Doppelzentner betrug, beläuft sich in diesem Jahre auf 5,2 Milliarden Doppelzentner (der Durchschnittsertrag der letzten Vorkriegsjahre war 4,6 Milliarden Doppelzentner). Auch die Weltente in Getreide ist von 37 Milliarden Doppelzentner im Jahre 1924 auf 31,5 Milliarden Doppelzentner im Jahre 1925 gestiegen und bleibt nur wenig hinter dem durchschnittlichen Vorkriegsertrag in Höhe von rund 32 Milliarden Doppelzentnern zurück, während die Getreide-Weltente, die 1924 56,8 Mill. Doppelzentner betrug, im letzten Erntejahr auf 62,2 Milliarden Doppelzentner gestiegen ist und damit die durchschnittliche Vorkriegserzeugung in Höhe von 60 Milliarden Doppelzentnern bereits überschritten hat.

Sehr besonders Interesse kommt, wenn man die Ergebnisse der Weltgetreideernte und die Ausbequemlichkeiten der Produktionsländer beachtet, der in Höhe von 20 Milliarden Doppelzentner die Welt zur Versorgung der Welt mit Getreide steht. Das ist nicht als ein Zufall zu betrachten, sondern als ein Ergebnis der Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaft hat die Welt zur Versorgung der Welt mit Getreide in der Lage gesetzt, die in Höhe von 20 Milliarden Doppelzentner die Welt zur Versorgung der Welt mit Getreide in der Lage gesetzt hat. Die Weltwirtschaft hat die Welt zur Versorgung der Welt mit Getreide in der Lage gesetzt, die in Höhe von 20 Milliarden Doppelzentner die Welt zur Versorgung der Welt mit Getreide in der Lage gesetzt hat.

angesichts unberücksichtigter Entschädigungen, der allgemeinen Zerrüttung der russischen Volkswirtschaft, des gestiegenen Eigenbedarfs und der Schwerfälligkeit des staatlichen Handelsapparates auch nicht annähernd verwirklicht werden wird. Ueber ein Viertel des ursprünglichen vorgezeichneten Ausführungsprogramms gehen selbst die optimistischsten Schätzungen sachverständiger Kreise nicht hinaus. Immerhin aber steht fest, daß Rußland in Zukunft, nach einem Jahrzehnt der Ausschaltung, wieder als wichtiger Faktor auf dem Weltgetreidemarkt auftreten wird.

Wenn man die Weltzeugung in diesem Erntejahr mit dem voraussichtlichen Weltverbrauch vergleicht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß insgesamt etwa 315 Millionen Doppelzentner in den überflüssigen Gebieten zur Verfügung und zur Versorgung der Bedarfsgebiete verfügbar sind. Demgegenüber schätzt man den Gesamtbedarf dieser Industrieländer, zu denen insbesondere auch die europäischen Gebiete gehören, auf rund 180 Millionen Doppelzentner.

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Verhältnisse in Rußland schwer übersehbar sind und die von dort ausgehenden Schätzungen des Erntertrages nicht ganz zuverlässig sind, so wird man doch zu dem Ergebnis kommen müssen, daß diesmal die Weltzeugung von Brotgetreide erheblich größer ist als im vergangenen Jahre, und daß die Versorgung der Welt (wobei von den Einwirkungen der günstigen Ernte auf die Preisgestaltung hier nicht gesprochen werden soll) sich dem Vorkriegsstande angeglichen und ihn zum Teil überschritten hat.

Bau-Rundschau

Der Wohnungsneubau im Jahre 1925

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, zeigen die jetzt vorliegenden Zahlen über die Entwicklung der Wohnungstätigkeit in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis zum 1. Oktober 1925 eine erfreuliche Steigerung gegenüber den Vorjahren, insbesondere dem Jahre 1924. Während die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1921 59 800, für das Jahr 1922 71 200, für das Jahr 1923 77 900, für das Jahr 1924 55 200 betragen, sind in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1924 bis dahin 1925 rund 93 000 neue Wohnungen bezugsfertig hergestellt worden. Außerdem waren am 1. Oktober vor. J. noch etwa 81 000 Wohnungen im Bau begriffen, von denen im Vierteljahr Oktober-Dezember 1925 noch etwa 22 000 Wohnungen fertiggestellt worden sind.

Die Landgemeinden für Ingangbringung der Bautätigkeit

Der Vorstand des Deutschen Landgemeindenverbandes hat sich in einer Sitzung in Berlin u. a. auch mit der derzeitigen Wirtschaftslage beschäftigt und dabei einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Der Deutsche Landgemeindenverband erblickt in der Belebung der Bauindustrie, die als Schlüsselindustrie anerkannt werden muß, ein besonders geeignetes Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Gesamtkrise. Denn eine umfangreiche Bautätigkeit verleiht neben der Befreiung der unerträglichen Wohnungsnot reiche Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe, wirkt produktionsfördernd und schafft volkswirtschaftliche Werte. Daher ist es notwendig, daß der Wohnungsbauförderung im Rahmen der Staatsaufgaben eine erhöhte Bedeutung zugewendet wird und demgemäß für sie wesentlich höhere Beträge als zurzeit zur Verfügung gestellt werden. Soweit Inlandsmittel nicht ausreichen, muß die Heranziehung von Auslandskapital verstreut werden. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, ein Bauprogramm für längere Zeit zu unterbreiten, ist es erforderlich, die auskömmlichen Mittel für einen längeren Zeitraum sicherzustellen. Außerdem ist die Fortwegnahme für später in Aussicht genommener Arbeiten durch Reich, Staat und Gemeinde nötig. Soweit auch diese Maßnahmen noch nicht ausreichen, um der ungeheuerlichen Erwerbslosigkeit zu steuern, ist eine bessere Förderung der Notstandsarbeiten geboten, wobei bezüglich des Kostenanteils auf die leistungsschwachen Gemeinden besondere Rücksicht zu nehmen ist. Es muß auch eine Milderung der Bedingungen, und zwar durch weitere Erhöhung des Gesamtförderungsmaßes sowie durch Verlängerung der Tilgungsdauer bis zu 15 Jahren Platz greifen.

Sterbetafel

Am 4. Januar starb unter alter, treuer Kollege **Benedikt Handweck** aus Petersberg im Alter von 72 Jahren.

Verwaltungsstelle **Gulda**.

Am 14. Januar starb unser Kollege **Johann Mayer** im Alter von 53 Jahren an einer durch Unfall erfolgten Blutvergiftung. Mehrere Jahre war er unser treuer Hauskollaborator.

Ortsgruppe **Dachau**.

In einer Gehirnoperation, die er infolge eines Unfalls erlitt starb unser Kollege, der **Raumer Theodor Diefelbrude** im Alter von erst 43 Jahren. Ihnere Liebsgarbe verliert in ihm eines ihrer besten Mitglieder, welches über 20 Jahre unserem Verbände die Treue gehalten hat.

Ortsgruppe **Bork i. Westf.**

Ehre ihrem Andenken!